

Bundespolitische Perspektiven der Bildungspolitik	001
	002
1. Einleitung	003
Wir haben vor kurzem einen Regierungswechsel auf Bundesebene erfahren und es ist das Gebot der Stunde, über die vergangenen sieben Jahre rot-grüner Politik kritisch Bilanz zu ziehen und für den Aufbruch in die beginnende Legislaturperiode neue bildungspolitische Lösungsvorschläge für die Probleme der Gegenwart zu unterbreiten.	004 005 006 007
Mit der Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition 1998 verbindet sich ein unangebrachter Zentralismus in der Bildungspolitik. Die föderale Struktur in Deutschland sieht aus gutem Grund die alleinige Zuständigkeit der Landesregierungen für das Schulwesen vor, so daß föderaler Wettbewerb unter den Bundesländern möglich ist und der Erfolg der verschiedenen bildungspolitischen Konzepte mittels vergleichender Studien empirisch festgestellt werden kann. Die Tatsache, daß sich auch die Bundesregierung schulpolitische Kompetenz anmaßte, läßt darauf schließen, daß der erfolgsbezogene Wettbewerb umgangen und statt dessen den Bundesländern teilweise rein ideologisch motivierte schulpolitische Vorstellungen mit fragwürdigen Erfolgchancen aufgezwungen werden sollten; Beispiele dafür sind die Stichwörter Einheitsschule und Ganztageschule.	008 009 010 011 012 013 014 015 016 017
Die Schüler Union Hessen spricht sich gegen schulpolitischen Zentralismus und für föderalen Wettbewerb aus und fordert eine Beschränkung des Aufgabenbereichs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf den Forschungs- und Wissenschaftssektor. Die Schulpolitik soll ab sofort nur noch von den Landesregierungen gestaltet werden.	018 019 020 021 022 023
Unsere folgenden Standpunkte, die sich mit der „Bundesbildungspolitik“ der rot-grünen Regierung zwischen 1998 und 2005 beschäftigen, sind stets vor diesem Hintergrund zu verstehen. Unsere Ideen für die Zukunft sollen – auch wenn sie deutschlandweite Bedeutung haben – von den Landesregierungen umgesetzt werden. Damit dies auch flächendeckend gelingt, wird der Landesvorstand der Schüler Union Hessen damit beauftragt, auf dem nächsten Bundeskoordinationsausschuss die anderen SU-Landesverbände dafür zu gewinnen, bei ihren Landesregierungen für unsere Ideen zu werben.	024 025 026 027 028 029 030 040
<u>2. Unsere Standpunkte zu Beispielen rot-grüner Bildungspolitik 1998-2005:</u>	041 042
1. Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung"	043
Ein Beispiel für besagte Einmischung in die Bildungshoheit der Länder stellt das so genannte „Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung““ (IZBB) dar, wobei eine gezielte finanzielle Förderung ausschließlich für Ganztageschulen stattfindet. Hierbei wird dieses Schulkonzept gegenüber anderen Lösungsansätzen für die Bildungsmisere bevorzugt, so daß die Entscheidungsfreiheit der Kultusministerien der Landesregierungen eingeschränkt wird.	044 045 046 047 048
Das Thema Ganztageschule ist nicht nur ein schulpolitisches Thema, sondern Teil einer gesellschaftspolitischen Gesamtkonzeption, welche auf die Vereinbarkeit von Familie und Be-	049 050

ruf abzielt und zu der beispielsweise auch der geforderte Ausbau von Kindertagesstätten gehört. Hierbei besteht die Problematik darin, daß die unbedingt erforderliche besondere Förderung der Erziehung von Kindern durch die eigenen Eltern, welche nach wie vor die beste Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darstellt, vernachlässigt wird. Der große Verdienst derjenigen, die auf eigene Erwerbstätigkeit verzichten, um sich ausschließlich ihren Kindern widmen zu können, wird nicht gewürdigt, obwohl diese in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und der teilweise erschreckenden Orientierungslosigkeit und Vernachlässigung der Jugendlichen der Gesellschaft einen wesentlich größeren Dienst erweisen als Berufstätige. Die Wertevermittlung kann in der Familie allemal besser stattfinden als durch Staatserziehung und es ist eine Utopie, daß der Staat den Familien die Erziehung und Betreuung der Kinder abnehmen könne.

Daher fordert die Schüler Union Hessen eine Abkehr von der einseitigen Fixierung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und statt dessen eine bessere finanzielle und ideelle Förderung von ausschließlich mit der Kindererziehung beschäftigten nicht-erwerbstätigen Elternteilen, z.B. durch eine rechtliche, finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der alleinigen Hausfrau und Mutter.

Wenn jedoch instabile Familienverhältnisse eine Erziehung im eigenen Elternhaus de facto unmöglich machen, können Ganztageschulen durchaus sinnvoll sein. Besonders begrüßenswert ist hier das „Ganztagesprogramm nach Maß“ der Hessischen Landesregierung. In diesem Programm wird mit Hilfe so genannter kooperativer Ganztageschulen ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vor Ort sichergestellt, dabei wird mit Eltern, Schul- und Jugendhilfeträgern zusammengearbeitet.

Die Schüler Union Hessen unterstützt das „Ganztagesprogramm nach Maß“ und fordert andere Landesregierungen auf, sich hier an Hessen zu orientieren.

Wir treten jedoch auch dafür ein, dass innerhalb des Programms darauf geachtet wird, daß neben der ganztägigen Betreuung besondere Aufmerksamkeit der Einführung in nicht nur auf die Schule bezogenes soziales Engagement gewidmet wird, damit nicht eine Art Gettoisierung und Isolierung in der eigenen Schule stattfindet. Ferner von Bedeutung ist die in der Familie in diesen Fällen nicht geleistete Wertevermittlung, welche von der Schule ausgeglichen werden muß.

Deshalb fordert die Schüler Union Hessen die Kultusministerien der Länder auf, gemeinsam mit Eltern, Jugendhilfe, Kirchen, Vereinen und Institutionen für die Betreuungsangebote einen „Werteplan“ zu erarbeiten. In diesem soll klar definiert werden, welche Werte innerhalb der Betreuung vermittelt werden sollen und welche Art von Engagement innerhalb dieses Angebotes gefördert werden soll.

2. Die Einheitsschule als ideologische Utopie

In der Debatte um die PISA-Studie wurden von der rot-grünen Bundesregierung erneut die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Einführung eines Einheitsschulsystems bis zu Beginn der gymnasialen Oberstufe als Lösung für die Bildungsmisere vorgeschlagen.

Diese Forderungen entspringen einem gleichmacherischen Menschenbild und einer ideologischen Elitefeindschaft. Bereits im gegenwärtigen Zustand sind die Leistungsunterschiede innerhalb des Gymnasiums groß. Würden hingegen alle derzeitigen Haupt-, Realschüler und

Gymnasiasten denselben Unterricht besuchen, wären diese Unterschiede so groß, daß produktives Lernen unmöglich wäre: Leistungsschwache Schüler wären überfordert und deprimiert, während die Leistungsstarken unterfordert würden und ihr Potential nicht ausschöpfen könnten. Verweise auf das bei der PISA-Studie erfolgreiche finnische Einheitsschulsystem sind deshalb realitätsverzerrend, weil diese eher auf die im Vergleich mit Deutschland geringen Klassengrößen und den geringen Anteil an Schülern mit mangelhaften Sprachkenntnissen zurückzuführen ist.

Die Problematik der Integrierten Gesamtschule mit ihrem Kurssystem besteht in der Unausgewogenheit des Leistungsniveaus. Zwar werden hierbei einseitige Begabungen von Schülern berücksichtigt, allerdings existieren keine Schulabschlüsse mit verschiedenen Leistungsbeurteilungen in einzelnen Fächern, sondern ein Schüler muß für den Erwerb des Realschulabschlusses bzw. des Abiturs in allen Fächern gleichermaßen die Anforderungen der Realschule bzw. des Gymnasiums erfüllen können. Bei der IGS hingegen ist dies wegen der Möglichkeit, sich in einzelnen Fächern in einen Kurs mit niedrigeren Leistungsanforderungen zurückstufen zu lassen, nicht gewährleistet, so daß die unterdurchschnittlichen Leistungen in einzelnen Fächern einem Schüler bei einem Überwechseln in eine weiterführende Schule zum Verhängnis werden können. Die IGS provoziert also einseitige Spezialisierung auf bestimmte Fachrichtung und das Entstehen von Wissenslücken in anderen, während im dreigliedrigen Schulsystem die Schüler in allen Fächern gleichermaßen mit dem entsprechenden Niveau zum entsprechenden Schulabschluss hingeführt werden und die Motivation zu verstärkten Lernanstrengungen in schwächeren Fächern durch das Nichtvorhandensein einer Rückstufungsmöglichkeit in einen niedrigeren Kurs gefördert wird.

Die Schüler Union Hessen lehnt jedwede Einheitsschulkonzeption ab und fordert die Abschaffung der Integrierten Gesamtschule. Das dreigliedrige Schulsystem bietet die beste Voraussetzung für die individuelle, leistungsbezogene Förderung jedes einzelnen Schülers.

Im Vergleich zu früher besuchen heute im Verhältnis wesentlich mehr Schüler das Gymnasium, weshalb das Abitur an Aussagekraft verloren hat und der Haupt- und Realschulabschluss abgewertet wurde. Heute wird für viele Berufe das Abitur verlangt, für welche früher der Real- oder sogar Hauptschulabschluss genügte. Durch eine ausgewogenere leistungsbezogene Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen würde das Niveau sämtlicher Schulabschlüsse erhöht und eine bessere individuelle Förderung erleichtert.

Die SU fordert die Einführung von besonderen Schulen zur Förderung hochbegabter Schüler.

Die Schüler Union Hessen tritt daher dafür ein, dass Schüler künftig vor Besuch des Gymnasiums und vor Besuch der Realschule einen Test ablegen und bestehen müssen.

3. Ausbildungsoffensive und Ausbildungsplatzabgabe

Bezüglich der ebenfalls zum Aufgabenbereich des Bundesbildungsministeriums gehörenden Ausbildungsförderung ist die so genannte Ausbildungsoffensive zu erwähnen.

Grundsätzlich hat die Ausbildungsoffensive positive Akzente gesetzt. Allerdings schädigen die zeitweise entstandenen Debatten um eine Ausbildungsplatzabgabe, also eine anderenfalls von den Unternehmen mit Ausgleichszahlungen zu erzwingende Verpflichtung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, den Industriestandort Deutschland und verunsichern Unternehmer.

Abgesehen von dem mit einer derartigen Abgabe einhergehenden bürokratischen Aufwand ist es in Zeiten der Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs nicht möglich, Unternehmen zu nationalen Sonderabgaben zu zwingen. Die Konsequenz würde sein, daß eine weitere Schwächung des Wettbewerbsstandorts Deutschland, welcher bereits jetzt mit starker internationaler Konkurrenz und dem Abwandern von Unternehmen ins Ausland konfrontiert ist, potentielle Unternehmensgründungen und damit die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze erschweren und noch mehr Unternehmen zur Verlagerung ihrer Standorte in Länder mit günstigeren Wettbewerbsbedingungen veranlassen würde. Die einzige Möglichkeit, die Entstehung neuer Ausbildungsplätze zu fördern, besteht in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen.

Deshalb lehnt die Schüler Union Hessen eine Ausbildungsplatzabgabe ab und fordert statt dessen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

4. Gender Mainstreaming – Auswuchs ideologischer Frauenpolitik

Entgegen der „Gender Mainstream“-Politik der Bundesregierung fordert die Schüler Union Hessen, dass die Hausarbeit einer Frau oder eines Mannes als genauso wertvoll erachtet wird wie die Arbeit einer berufstätigen Frau oder eines berufstätigen Mannes.

5. Die Rechtschreibreform und das gegenwärtige Chaos

Ein weiterer bundespolitisch bedeutsamer Aspekt der Schulpolitik ist das von der Rechtschreibreform ausgelöste und immer noch nicht überwundene Rechtsschreibchaos.

Die Schüler Union Hessen kritisiert die Einführung der Rechtschreibreform als undemokratisch und hält nicht alle Neuregelungen der Reform für sinnvoll.

Allerdings wurden bereits mehrere Schüलगenerationen ausschließlich nach den neuen Regeln unterrichtet und zahlreiche Arbeitnehmer komplett umgeschult. Bei einer Rückkehr zur alten Rechtschreibung würden diese noch weiter verunsichert. Zudem würde eine erneute Umstellung wiederholt viele Unterrichtsstunden Umlernzeit kosten. Andere Lehrinhalte blieben – wie bereits bei der Neueinführung der Rechtschreibreform – auf der Strecke.

Sämtliche Lehrbücher sind an den Schulen inzwischen in neuer Rechtschreibung vorhanden. Eine erneute Umstellung der Rechtschreibung würde die öffentliche Hand nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes 250 Millionen Euro kosten.

Aus diesen Gründen spricht sich die Schüler Union Hessen für eine deutschlandweite Anerkennung der neuen Rechtschreibung aus. Die Arbeit des „Rates für Rechtschreibung“, der einen nicht findbaren Kompromiss zwischen Gegnern und Befürwortern der Reform suchen soll, ist sofort einzustellen.